

# GEMEINSAM EIN EUROPA OHNE ARMUT UND AUSGRENZUNG ENTWERFEN UND GESTALTEN

## VORSCHLÄGE DER INTERNATIONALEN BEWEGUNG ATD VIERTE WELT (GEMEINSAM FÜR DIE MENSCHENWÜRDE ALLER)

**W**ELCHE Feststellung treffen die am meisten benachteiligten Menschen zu einem Zeitpunkt, da ein neues fünfjähriges Mandat der Kommission und des Europäischen Parlaments beginnen wird? – „Bei den ärmsten Familien haben die Staaten Europas versagt.“ Das bestätigen zahlreiche Betroffene, wie etwa *„In Armut und extremer Armut zu leben, ist nicht nur unmenschlich, sondern auch erniedrigend und könnte sogar ab einem bestimmten Zeitpunkt als Folter bezeichnet werden. Die menschliche Würde steht auf dem Spiel.“*

**Françoise Tulkens,  
ehemalige Richterin und  
Vizepräsidentin des Europäischen  
Gerichtshofs für Menschenrechte**

Clara aus Spanien, deren Haus vergangenes Jahr abgerissen wurde und die jetzt mit ihrer Familie in einem Lastwagen wohnt. Dennoch hat die Europäische Union in ihrer Strategie 2020 Ziele für die Bekämpfung der Armut festgelegt und eine Reihe von Empfehlungen

in diesem Bereich angenommen.

Die extreme Armut dauert aber an, gerade so, als ob es einen Teil der Bevölkerung gäbe, der zu viel wäre und nichts wert sei. Diese menschliche Vergeudung ist besonders brutal für die Betroffenen und stellt eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte dar.

In Europa leben zahlreiche Menschen und Familien, die ihre Existenz verloren haben, aus ihrer Wohnung vertrieben wurden, die sich gezwungen sehen, unter Verhältnissen zu leben, durch die sie kriminalisiert und bestraft werden. Werte wie Frieden, Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, die den eigentlichen Kern des europäischen Projekts ausmachen und in den Verfassungen vieler Mitgliedstaaten verankert sind, werden dadurch mit Füßen getreten.

Große Armut hat nicht nur mit fehlendem Einkommen zu tun, sondern auch mit der Schwierigkeit, Zugang zu unteilbaren und miteinander verbundenen Grundrechten zu erhalten.

Nothilfemaßnahmen (Lebensmittelverteilung, Bereitstellung von Unterkünften u.a.) sind keine wirkliche Lösung.

Die weltweit dominierende Logik der Wirtschaft und

Zu einem Zeitpunkt, da viele Bürgerinnen und Bürger Europa infrage stellen, haben sich in Armut lebende und von der Gesellschaft ausgeschlossene Menschen mehrere Monate lang mit solidarisch denkenden und handelnden Menschen getroffen, darunter manche mit Verantwortlichkeiten auf europäischer Ebene. Sie haben versucht zu verstehen, was Europa unternimmt, damit sich das Leben der am meisten Bedürftigen verändert, und anhand ihrer Lebenserfahrung ihre Überlegungen beigetragen. Sie haben sich für das Gespräch mit europäischen Beamten und Abgeordneten vorbereitet. Dieses Treffen – die Europäische Volksuniversität Vierte Welt – hat am 5. März 2014 mit 17 Delegationen aus 10 Ländern und mit Unterstützung der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe „Extreme Armut und Menschenrechte“ im Europäischen Parlament in Brüssel stattgefunden. Aus diesem Anlass kamen Menschen zusammen, die sich normalerweise nicht begegnen. Gemeinsam konnten sie nachdenken und Vorschläge erarbeiten, damit die Beseitigung der extremen Armut und der Kampf gegen Ungleichbehandlung im Mittelpunkt des europäischen Projekts stehen.

Finanzen beruht auf einer Nutzung der Ressourcen des Planeten, die nicht mehr tragbar ist und zu immer weiterer sozialer Ausgrenzung und Armut führt, die in Europa immer gravierender wird.

Angesichts dieser Fakten wollen wir uns gegen große Armut engagieren, gemeinsam ein anderes Europa entwerfen und gestalten, in dem alle Menschen in Würde, in Harmonie mit den Mitmenschen und der Umwelt leben können. Wir wollen zur Entwicklung einer Wirtschaft beitragen, die allen dient, die nicht die Intelligenz und das Know-how der Menschen sowie die begrenzten Ressourcen unserer Erde verschwendet. Wir wollen, dass der Mensch und die Menschenrechte wieder im Herzen des europäischen Gedankens sind.

*„Die Hilfen sind nur eine milde Gabe für die von Armut Betroffenen und ändern nichts an ihrer Situation. Wir kämpfen nicht für Hilfen, sondern dafür, dass wir Zugang zu unseren Rechten erhalten und sie wahrnehmen können.“\**

\* Die meisten Zitate in diesem Dokument stammen von in Armut lebenden Menschen und sind den Gesprächen der Europäischen Volksuniversität Vierte Welt 2014 entnommen.

## EFFEKTIVE UMSETZUNG DER GRUNDRECHTE

### EINE VORAUSSETZUNG: ANERKENNUNG DER RECHTLICHEN EXISTENZ

**D**IE Existenz vieler Menschen in Europa ist rechtlich nicht anerkannt, obwohl dieses Recht durch Artikel 16 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte geschützt wird, wonach jeder Mensch das Recht hat, als rechtsfähig anerkannt zu werden. Infolgedessen haben diese Menschen keinen Zugang zu ihren Rechten (Mitbestimmung, Arbeit, Gesundheit, Wohnung, Wahlrecht...). Sie erscheinen nicht einmal in der Statistik. Das betrifft zahlreiche Migranten, Roma, Asylbewerber, aber auch Menschen ohne festen Wohnsitz, die auf der Straße oder auf Campingplätzen leben, die in ihrem eigenen Land leben, als wären sie illegal.

**Wir fordern die Europäische Union auf, allen in ihrem Gebiet lebenden Personen das gesetzliche Existenzrecht zu gewähren.**

### DAS RECHT AUF BILDUNG UND GRUNDWISSEN FÜR ALLE

**A**LLE Kinder sollten die Möglichkeit haben, in der Schule zu lernen und erfolgreich zu sein und die gleichen Zukunftschancen zu haben. Allzu oft werden Kinder aus benachteiligten Verhältnissen in Förderschulen unterrichtet – manchmal schon vom Kindergartenalter an.

Unter den von Armut betroffenen Jugendlichen ist die Zahl der Schulabbrecher größer. Die Europäische Union hat den Kampf gegen den vorzeitigen Schulabgang zu einem der großen Ziele der Strategie 2020 erklärt. Um schulischen Erfolg zu ermöglichen, muss die Schule eine echte Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten – den Eltern, den Lehrern und den Kindern selbst – ermöglichen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Lehrer für den Dialog mit den Eltern geschult werden.

**Wir fordern die Europäische Union auf, alle Mitgliedstaaten in die Pflicht zu nehmen, für ein Schulangebot zu sorgen, das gleiche Chancen und gleiche Qualität für alle gewährleistet, indem eine frühzeitige Orientierung und eine Rangordnung zwischen Bildungswegen, die Ungleichheit verstärken, vermieden werden. Die notwendigen Änderungen müssen insbesondere unter Einbeziehung der am stärksten ausgegrenzten Eltern festgelegt werden.**

*„Draußen und im Regen oder ohne Ausweis und in Angst zu leben, ist dasselbe.“*

*„Manche haben nicht einmal das Existenzrecht, weil sie nirgendwo gemeldet sind, weil sie ihren Aufenthalt nicht geregelt haben, weil sie - und dies kann sogar europäische Bürger betreffen - an ihrem Aufenthaltsort abgemeldet sind.“  
Georges de Kerchove,  
Rechtsanwalt, Belgien*

*„In Deutschland ist es gängige Praxis, als „schwer erziehbar“ oder „lernbehindert“ abgestempelt zu werden, als ob das eine Krankheit wäre und wir nicht lernen könnten.“*

*„Im Schulsystem gibt es starke Ausgrenzungsmechanismen und der Schulabbruch ist eine der Folgen davon.“ Sandrine Grosjean, ChanGements pour l'égalité, sozialpädagogische Bewegung, Belgien*

„Bildung ist wichtig, um einen Beruf zu haben, eine Arbeit und eine Wohnung, denn wenn du nicht alle diese drei Rechte hast, hast du überhaupt nichts.“



Foto Denis Gendre - ATD Vierte Welt

Das Recht auf Bildung muss für alle gelten. Es ist ein Grundrecht für das Leben jedes Einzelnen, für die Demokratie und um die Beteiligung aller zu ermöglichen. Es gibt sehr viele Analphabeten unter den Jugendlichen und Erwachsenen in Europa, wo 75 Millionen Menschen nicht über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen, um sich in einer modernen Gesellschaft selbstständig zurechtzufinden\*. Jeder hat das Recht auf eine zweite Chance, um Grundkenntnisse zu erwerben.

„Europäische Finanzierungen zur Bekämpfung des Analphabetismus gibt es, aber diese Projekte dauern ein Jahr und dann ist es vorbei, und sie müssen jedes Mal innovativ sein. Wir brauchen Kontinuität auf lange Sicht.“  
Lesen und Schreiben,  
Deutschland

„Es gibt immer mehr Arbeitslosigkeit. Am stärksten betroffen sind Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Diskriminierungen bei Bewerbungen: wenn man sich nicht ausdrücken kann, aus einem anderen Land kommt, eine Behinderung hat, in einem Viertel oder einer Stadt mit schlechtem Ruf wohnt.“

**Wir fordern die Europäische Union auf, ausreichend lange Programme zur Bekämpfung des Analphabetismus zu fördern, damit jeder Jugendliche oder junge Erwachsene Grundkenntnisse erwerben kann.**

### DAS RECHT AUF EINE MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT

**E**INE menschenwürdige Arbeit ist ein Recht, das einem grundlegenden menschlichen Bedürfnis entspricht. Der Zugang zu einer menschenwürdigen Arbeit ist im heutigen Europa ein Privileg geworden, das für viele Menschen außer Reichweite liegt.

Wenn die Betroffenen nicht mit Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert werden, geraten sie in Schwarzarbeit oder in sehr prekäre Arbeitsverträge, durch die sich ihre schwierige Situation weiter verschlechtert und sie an den Rand der Sozialversicherungssysteme gedrängt werden. Die steigende Zahl dieser „miesen Jobs“ führt nur dazu, dass Armut und soziale Ausgrenzung zunehmen.

Die Jugendarbeitslosigkeit stellt eine enorme Herausforderung dar. Die betroffenen Jugendlichen fühlen sich ausgegrenzt. Für die Jugendlichen, denen sowohl Erfahrung als auch entsprechende Qualifikationen fehlen, bleibt die Arbeit ein unerfüllbarer Traum. Diese Jugendlichen brauchen Zugang zu Ausbildungsprogrammen, zu echten Arbeitsplätzen, mit einer qualitativen Begleitung und genügend Existenzmitteln.

Die Europäische Union ist sich dieser Herausforderungen bewusst und verabschiedete eine Empfehlung zur aktiven Eingliederung von Menschen, die aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. Sie rückte die Beschäftigungsthematik in den Mittelpunkt der Strategie 2020 und stellte

\* Bericht der Hochrangigen Expertengruppe der Europäischen Union zur Bekämpfung des Analphabetismus (6. September 2012)

## EXTREME ARMUT: EINE VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE

4

bedeutende Mittel bereit, um die Empfehlung zur „Jugendgarantie“ umzusetzen. Durch diese Garantie verpflichten sich die Mitgliedstaaten, Maßnahmen einzuleiten, damit allen Jugendlichen bis 25 innerhalb von vier Monaten nach ihrem Ausscheiden aus der Schule oder dem Verlust ihres Arbeitsplatzes eine Arbeit, eine Ausbildung oder ein Praktikum angeboten wird. Diese Regelungen sind jedoch nicht zwingend und bieten keine Garantie dafür, dass diejenigen, die sie am dringendsten benötigen, auch vorrangig in Anspruch nehmen können.

**Wir fordern die Europäische Union auf, die Empfehlung zur Jugendgarantie in eine Richtlinie umzuwandeln, die für alle Mitgliedstaaten verbindlich ist, und die Garantiepläne vorrangig besonders Jugendlichen mit den größten Schwierigkeiten zugutekommen zu lassen.**

**Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, in alle Bereiche der Beschäftigungspolitik eine sachkundige Begleitung einzubeziehen, um individuelle Wege zu fördern, auf denen jeder Einzelne sein Projekt verwirklichen und eine menschenwürdige Arbeit erhalten kann. Die Arbeitsverwaltungen müssen mit notwendigen finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet sein, um diese Aufgabe insbesondere für die am wenigsten qualifizierten Personen zu erfüllen.**

**Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen, insbesondere in lokalen Unternehmen und Initiativen, zu fördern, damit die Personen, die sich vom Arbeitsmarkt schwer vermitteln lassen und die über keine Qualifikation verfügen, sich durch eine anerkannte**

Personen mit den meisten Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt verfügen über Fähigkeiten, die nicht anerkannt werden, weil sie außerhalb des offiziellen Bildungswegs erworben wurden und keine Qualifikation verleihen. Das ist eine enorme Verschwendung von menschlichen Ressourcen.

**Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, ein System für die Anerkennung von informell erworbenen Fähigkeiten einzurichten.**

## DAS RECHT AUF ANGEMESSENEN LEBENSUNTERHALT

**D**IE derzeitige Realität der extremen Armut zeigt, dass die Grundrechte nicht für alle Menschen in Europa garantiert werden. Eine der

*„Die Qualität der angebotenen Praktika ist zu überprüfen, damit sie für die Jugendlichen eine echte Chance darstellen und nicht von den Arbeitgebern genutzt werden, um sich kostenlose Arbeitskräfte zu besorgen.“*

*„Oft wird die Ausbildung nicht vergütet, was ein Problem darstellt. Wenn man kein Geld zum Essen hat, ist das nicht gerade motivierend.“*

*„Brigitte hatte einen Arbeitsunfall. Da es Schwarzarbeit war, wagte es der Chef nicht, den Rettungswagen anzurufen und sie ist gestorben. (...) Eine derartige Situation kommt auch bei Personen ohne gültige Ausweispapiere vor: Es sind die Lebensbedingungen, die dafür verantwortlich sind, dass ihnen nichts anderes als Schwarzarbeit, Ausbeutung, übrig bleibt.“*

*„Wenn du deine Wohnung verlierst, erfolgt ein Eingreifen der Behörden, der vieles kaputt macht und auseinanderreißt, anstatt zu helfen, die Energie und Einheit der Familie zu bewahren (...). Wenn man deine Kinder wegnimmt, ist es fast unmöglich, sie zurückzubekommen“.*

Auswirkungen der sozialen Ausgrenzung ist das Auseinanderbrechen von Familien.

Der chronische Mangel an Wohnung, Arbeit oder Einkommen hindert die Betroffenen daran, ihre familiären, sozialen und beruflichen Verpflichtungen dauerhaft wahrzunehmen. Die Hürden für den Zugang oder die Wahrung eines Rechts sind oft unüberwindbar hoch und die erforderlichen Schritte sind kompliziert und lang.

*„Der Alltag besteht daher im ständigen Bemühen um ein Mindestmaß an Sicherheit und den tatsächlichen Zugang zu den Rechten, obwohl diese gesetzlich anerkannt sind.*

*Den meisten Menschen werden die Grundrechte auf einem Tablett serviert, andere wiederum müssen unablässig um sie kämpfen.“*

Ein angemessener Lebensunterhalt besteht nicht nur aus einem Einkommen, sondern ist auch an die Möglichkeit des Zugangs zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen zu bezahlbaren Kosten geknüpft (Soziales, Bildung, Gesundheit, Wohnung, Verkehr, Energie, Wasser, Internet). Durch die Logik der Spekulation und Bereicherung, die in unseren Gesellschaften dominiert, wird Druck auf die Bereiche Wohnung, Arbeit und Ausbildung ausgeübt und der Zugang dazu erschwert.

Die Europäische Union hat eine Reihe von Initiativen eingeleitet, um diese Situationen zu bewältigen, darunter die Empfehlung „Investitionen in Kinder“ oder jene über die „Aktive Eingliederung“. Es ist wichtig, dass die Europäische Union die Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre Empfehlungen umzusetzen, und die Ergebnisse mit den betroffenen Menschen auswertet.

**Wir fordern die Europäische Union auf, eine Richtlinie über die von allen Menschen benötigten Mittel für einen angemessenen Lebensunterhalt, darunter ein angemessenes Mindesteinkommen, unter Berücksichtigung der jeweiligen Wohnkosten in allen Ländern zu verabschieden.**

## DEN SCHUTZ DER GRUNDRECHTE GARANTIEREN

**D**AMIT die Europäische Union von den Verletzungen von Rechten in Verbindung mit großer Armut erfahren und die Rechte der ärmsten Menschen besser schützen kann:

**Fordern wir, im mehrjährigen Arbeitsprogramm der Menschenrechtsagentur ausdrücklich die Möglichkeit vorzusehen, Rechtsverletzungen und Diskriminierungen im Zusammenhang mit Situationen extremer Armut unter Einbeziehung der Betroffenen zu untersuchen.**



Fordern wir kurzfristig die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta und die Übernahme von Artikel 30 (Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung) und Artikel 31 (Recht auf Wohnung) und des Verfahrens der Kollektivbeschwerde durch alle Mitgliedstaaten und mittelfristig den Beitritt der Europäischen Union zu dieser Charta.

## FÜR EIN DEMOKRATISCHES EUROPA: GEMEINSAM POLITIK ENTWERFEN UND GESTALTEN

Der Dialog zwischen der Europäischen Union und den in großer Armut lebenden Menschen ist unverzichtbar, um die Armut in Europa zurückzudrängen.

Es ist wichtig, diese Menschen als unumgängliche politische Akteure eines demokratischen Europas anzuerkennen, das Projekte für den Zugang aller zu den Rechten aller verwirklicht, ohne irgendwelche Ausgrenzungen.

Damit eine solche Partnerschaft möglich wird, sind die Voraussetzungen zu schaffen und regelmäßig zu bewerten.

*„Die Europäische Kommission ist sich bewusst, dass einige ihrer zahlreichen öffentlichen Konsultationen aufgrund ihrer zu hohen Fachlichkeit erfolglos sind. Die Bedingungen, der Inhalt und die verwendeten Fachausdrücke tragen nicht zur Verständlichkeit bei und die Antwortfristen reichen nicht aus. An einer Verbesserung dieser Konsultationsmethoden wird derzeit gearbeitet.“*

Brigitte Degen, Verwalterin bei der Europäischen Kommission.

**Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, dauerhafte Räume zum Nachdenken und für Gespräche mit den von großer Armut betroffenen Menschen in Verbindung mit anderen Partnern einzurichten, um sicherzustellen, dass die Betroffenen zur Definition der Politik beitragen und an der Auswertung der Ergebnisse mitwirken.**

Gemeinsam Politik zu entwerfen und zu gestalten, bedeutet, dass man ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen berücksichtigt. In diesem Sinne ist die Europäische Union nach Artikel 9 des Vertrags von Lissabon zu Folgendem verpflichtet: „Bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer



Foto François Philiponeau - ATD Vierte Welt

*„Wir werden nur sehr selten bei der Suche nach Lösungen um Rat gebeten. Ist dies einmal der Fall, dann, um Zeugnis abzulegen und nicht, um etwas gemeinsam zu errichten. Die am häufigsten vorgeschlagenen Lösungen werden dann gegen uns verwendet oder verdecken die eigentlichen Probleme.“*

„Man muss das, was das Leben der Bedürftigen, ihre Zweifel, ihre Hoffnungen, uns lehrt, als nützliches Wissen nutzen, um Armut durch Politik und Handeln zu bekämpfen. Man wird sich die Zeit nehmen müssen, um den ganzen Reichtum und die Komplexität des Lebens der Bedürftigen zu verstehen; das ist eine eingehende und länger angelegte Aufgabe. Nicht die Realität muss in der Politik Einzug halten, sondern die Politik muss in die Realität eintreten.“

Françoise Tulkens, ehemalige Richterin und Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

„Wir befinden uns hier in Europa und wir wollen ein gerechteres Europa schaffen.“  
Belgische Delegation, Asylbewerberheim von Natoye

„Es ist nicht abzusehen, wie die politischen Entscheidungsträger in Europa auf die Menschen zugehen können, um ihre Erfahrungen kennenzulernen und herauszufinden, wie sie leben.“

Maßnahmen trägt die Union den Erfordernissen im Zusammenhang mit der Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, mit der Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, mit der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sowie mit einem hohen Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes Rechnung.“

**Wir fordern die Europäische Union auf, die Mitgliedstaaten zur Vorlage einer Bewertung der Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik (Haushalt und Strukturreformen) auf Wachstum, Beschäftigung und Armut zu verpflichten. Wir fordern die Europäische Union auf, dasselbe für die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen zu tun.**

**Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, in den Ausbildungsprogrammen für EU-Beamten und die mit der Umsetzung der politischen Maßnahmen beauftragten Fachkräfte die Kenntnis des Umfelds der extremen Armut vorzusehen. Diese Ausbildung sollte darauf abzielen, Kompetenzen in Partnerschaft mit armen und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen zu entwickeln.**

**Wir fordern die Europäische Union auf, bei der Finanzierung von Aktionen oder Projekten die Kriterien für die Mittelvergabe mit den von diesen Projekten betroffenen Menschen zu entwerfen, damit das Geld auf die wesentlichen Fragen konzentriert und Verschwendung vermieden wird.**

**„Wir hoffen sehr, dass sich im Europäischen Parlament Abgeordnete aller Parteien weiter entschlossen engagieren, da große Armut keine Randfrage ist. Es ist eine entscheidende Frage für Europa: Es kann kein Europa der Demokratie, des Friedens, der Menschenrechte geben, solange es dort Elend gibt. Die Welt befindet sich auf der Suche nach neuen Zielen für die nachhaltige Entwicklung nach 2015\* und braucht ein Europa, das sich verpflichtet, niemand außen vor zu lassen. Dieses Projekt beruht auf der Verantwortung und dem Engagement aller.“**

Isabelle Perrin, Generaldelegierte der Internationalen Bewegung ATD Vierte Welt

\* Die Vorschläge in diesem Dokument beruhen auch auf einer Auswertung der Millenniumsziele für Entwicklung, <http://www.atd-quartmonde.org/Defi-de-l-apres-2015-evenements.html> .

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

**KONTAKT:**  
[delegation.ue@atd-quartmonde.org](mailto:delegation.ue@atd-quartmonde.org)  
<http://www.atd-quartmonde.org/>

**DEUTSCHLAND:**  
[sekretariat@atd-viertewelt.de](mailto:sekretariat@atd-viertewelt.de)

# VORSCHLÄGE FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE MITGLIEDSTAATEN

Wir fordern die Europäische Union auf, allen in ihrem Gebiet lebenden Personen das gesetzliche Existenzrecht zu gewähren.

Wir fordern die Europäische Union auf, alle Mitgliedstaaten in die Pflicht zu nehmen, für ein Schulangebot zu sorgen, das gleiche Chancen und gleiche Qualität für alle gewährleistet, indem eine frühzeitige Orientierung und eine Rangordnung zwischen Bildungswegen, die Ungleichheit verstärken, vermieden werden. Die notwendigen Änderungen müssen insbesondere unter Einbeziehung der am stärksten ausgegrenzten Eltern festgelegt werden.

Wir fordern die Europäische Union auf, ausreichend lange Programme zur Bekämpfung des Analphabetismus zu fördern, damit jeder Jugendliche oder junge Erwachsene Grundkenntnisse erwerben kann.

Wir fordern die Europäische Union auf, die Empfehlung zur Jugendgarantie in eine Richtlinie umzuwandeln, die für alle Mitgliedstaaten verbindlich ist, und die Garantiepläne vorrangig besonders Jugendlichen mit den größten Schwierigkeiten zugutekommen zu lassen.

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, in alle Bereiche der Beschäftigungspolitik eine sachkundige Begleitung einzubeziehen, um individuelle Wege zu fördern, auf denen jeder Einzelne sein Projekt verwirklichen und eine menschenwürdige Arbeit erhalten kann. Die Arbeitsverwaltungen müssen mit notwendigen finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet sein, um diese Aufgabe insbesondere für die am wenigsten qualifizierten Personen zu erfüllen.

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen, insbesondere in lokalen Unternehmen und Initiativen, zu fördern, damit die Personen, die sich vom Arbeitsmarkt schwer vermitteln lassen und die über keine Qualifikation verfügen, sich durch eine anerkannte Arbeit wieder nützlich fühlen.

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, ein System für die Anerkennung von informell erworbenen Fähigkeiten einzurichten.

Wir fordern die Europäische Union auf, eine Richtlinie über die von allen Menschen benötigten Mittel für einen angemessenen Lebensunterhalt, darunter ein angemessenes Mindesteinkommen, unter Berücksichtigung der jeweiligen Wohnkosten in allen Ländern zu verabschieden.

Fordern wir, im mehrjährigen Arbeitsprogramm der Menschenrechtsagentur ausdrücklich die Möglichkeit vorzusehen, Rechtsverletzungen und Diskriminierungen im Zusammenhang mit Situationen extremer Armut unter Einbeziehung der Betroffenen zu untersuchen.

Fordern wir kurzfristig die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta und die Übernahme von Artikel 30 (Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung) und Artikel 31 (Recht auf Wohnung) und des Verfahrens der Kollektivbeschwerde durch alle Mitgliedstaaten und mittelfristig den Beitritt der Europäischen Union zu dieser Charta.

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, dauerhafte Räume zum Nachdenken und für Gespräche mit den von großer Armut betroffenen Menschen in Verbindung mit anderen Partnern einzurichten, um sicherzustellen, dass die Betroffenen zur Definition der Politik beitragen und an der Auswertung der Ergebnisse mitwirken.

Wir fordern die Europäische Union auf, die Mitgliedstaaten zur Vorlage einer Bewertung der Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik (Haushalt und Strukturreformen) auf Wachstum, Beschäftigung und Armut zu verpflichten. Wir fordern die Europäische Union auf, dasselbe für die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen zu tun.

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, in den Ausbildungsprogrammen für EU-Beamten und die mit der Umsetzung der politischen Maßnahmen beauftragten Fachkräfte die Kenntnis des Umfelds der extremen Armut vorzusehen. Diese Ausbildung sollte darauf abzielen, Kompetenzen in Partnerschaft mit armen und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen zu entwickeln.

Wir fordern die Europäische Union auf, bei der Finanzierung von Aktionen oder Projekten die Kriterien für die Mittelvergabe mit den von diesen Projekten betroffenen Menschen zu entwerfen, damit das Geld auf die wesentlichen Fragen konzentriert und Verschwendung vermieden wird.